

ANFRAGE von Chantal Galladé (GLP, Winterthur) und Claudia Frei (GLP, Uster)

Betreffend Umgestaltung des Fachs «Wirtschaft und Recht» im Zusammenhang mit der Maturareform

«Wirtschaft und Recht» soll nach der Maturareform, die voraussichtlich 2029 in Kraft tritt, zum Grundlagenfach erhoben werden. Als Schwerpunktfach aber wird es in zwei neuen Fächern angegliedert: zusammen mit Geschichte bei «Wirtschaft, Recht und Politik» und zusammen mit Geografie zu «Nachhaltige Gesellschaft», wie der Bildungsrat es vorschlägt. In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Eine Studie (Eberle) belegt, dass Studierende, die bereits «Wirtschaft und Recht» im Schwerpunkt am Gymnasium belegt haben, an der Universität in den entsprechenden Studiengängen erfolgreicher sind als jene mit den anderen Schwerpunktfächern (Ausnahme: «Alte Sprachen» in Jus und «Physik und Anwendung Mathematik» in Wirtschaft). Wie beurteilt der Regierungsrat eine Änderung des bisherigen Erfolgsmodells im Zusammenhang mit der geplanten Reform? Geht der Regierungsrat davon aus, dass dieser Erfolg gleich bleibt oder sich sogar verbessern wird? Wenn ja, aufgrund welcher Überlegungen?
2. Die Interdisziplinarität wird mit «Wirtschaft und Recht» bereits erfüllt, da zwei Wissenschaften zusammengelegt sind. Wo sieht der Regierungsrat Gründe und Vorteile, dieses Fach mit anderen Vertiefungen zu kombinieren? Kann der Regierungsrat die Befürchtungen des Kompetenzverlustes der Studierenden in unterschiedlichen Kreisen nachvollziehen? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
3. Andere Kantone planen die von der EDK erlassene Maturitätsreform (Umsetzung auf spätestens Ende 2029) anders und gehen bei der Reform der Gymnasien deutlich weniger weit (z.B. Basel-Stadt oder Solothurn). Wo sieht der Regierungsrat bei einer Gegenüberstellung der geplanten Umsetzung im Vergleich zu anderen Kantonen die möglichen Vorteile und Nachteile für den Kanton Zürich? Wo die Chancen und Risiken?

Chantal Galladé
Claudia Frei